

Landessynode beschließt Doppelhaushalt

Kirchenparlament verurteilt Antisemitismus

Erfurt. Die Synode der Evangelischen Kirche Mitteldeutschland (EKM) hat den Doppelhaushalt für die Jahre 2024 und 2025 beschlossen. Für die Finanzierung der kirchlichen Aufgaben stehen im kommenden Jahr 222,1 Millionen Euro bereit, für 2025 rund 223,7 Millionen Euro, wie die EKM zum Abschluss der Landessynode in Erfurt mitteilte. Das Volumen von etwa 445 Millionen Euro liegt damit um 29 Millionen Euro über dem Ansatz des derzeitigen Doppelletats.

Bei seinen Beratungen verurteilte das Kirchenparlament den Angriff der Hamas auf Israel und forderte die sofortige Freilassung aller Geiseln. Die Hamas trage die Verantwortung für die Eskalation im Nahen Osten, sie sei aber nicht mit der palästinensischen Bevölkerung gleichzusetzen, hieß es. Die Landessynode warnte deshalb davor, allen Palästinensern Antisemitismus zu unterstellen. Zugleich verurteilten die Kirchenparlamentarier den sich verschärfenden Antisemitismus in Deutschland, der die jüdischen Gemeinden in schwere Bedrängnis bringe.

Die Synode befasste sich außerdem mit sexualisierter Gewalt in der Kirche. „Wir nehmen wahr, dass sexualisierte Gewalt in unserer Kirche eine Realität war und ist“, hieß es. Die Erfahrungen der Betroffenen und das Versagen kirchlicher Verantwortungsstrukturen zeigten, dass Aufarbeitung und Prävention eine bleibende Aufgabe seien.

Die EKM hat nach eigenen Angaben rund 638.000 Mitglieder in mehr als 3000 Kirchengemeinden und 37 Kirchenkreisen überwiegend in Thüringen und Sachsen-Anhalt. *dpa*